

SPD

DR. NINA SCHEER

BUNDESTAGSABGEORDNETE
HERZOGTUM LAUENBURG | STORMARN-SÜD



NEWSLETTER

1/2017

+ + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + +



Landesgruppenklausur mit den elf
SPD-BundestagsdirektkandidatInnen aus
Schleswig-Holstein und Ralf Stegner.



Foto: Handwerkskammer Lübeck

Neujahrssessen mit der Kreishandwerkerschaft
Herzogtum Lauenburg am 16.1. in Lüttau.
V.l.: Marion Fuchs, Torsten Kriedemann,
Nina Scheer, Markus Räh



Foto: Bundesregierung Arge GF-BT GbR

Unter dem Motto ‚Inklusion‘ waren im März
Vertreterinnen und Vertreter der Stormarner
Werkstätten Ahrensburg und der Lebenshilfe
Mölln-Hagenow zu einer dreitägigen BPA-Fahrt
in Berlin.



Vorstellung des BimBa-Haus Projekts am 20.2.
im Geist-Treff, Geesthacht. Mit dabei v.l.
Annemarie Argubi-Siewers, Olaf Schulze,
Nina Scheer, Kathrin Wagner-Bockey

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen,

mit der Frühjahrsausgabe berichte ich über eine Reihe ausgewählter Themen und Ereignisse aus dem ersten Quartal 2017. Der Druck auf Vorhaben, die auf breite Mehrheiten angewiesen sind, etwa für Grundgesetzänderungen, steigt angesichts der im Herbst anstehenden Bundestagswahl. Das Zusammenfassen mehrerer Vorhaben zu Gesetzespaketen lässt versträkt innerkoalitionäre Interessensgegensätze und hieraus resultierender Kompromisse, aber auch Uneinigwerden erkennen.

Ein sehr umfangreiches und ursprünglich für das erste Quartal 2017 angesetztes Vorhaben, das u.a. die Abschaffung des Kooperationsverbots, die Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleichs, die Einrichtung einer Bundesfernstraßenverwaltung sowie die Erweiterung des Unterhaltsvorschusses betraf, wurde nun vertagt.

Es ist bislang nicht gelungen, eine gesetzliche Regelung zur bundesweiten Angleichung der Übertragungsnetzentgelte zu verabschieden, die zu einer deutlichen Entlastung der Stromkunden u.a. in Schleswig-Holstein geführt hätte, aber etwa auch zu einer stärkeren Belastung in Nordrhein-Westfalen.

Die erfolgreiche sozialdemokratische Regierungsbilanz von Schleswig-Holstein, kombiniert mit der Kanzlerkandidatur von Martin Schulz ist ein guter Auftakt für die kommenden Monate. Hiervon war bereits der SPD-Landesparteitag Ende Januar gekennzeichnet.

Mit den vier LandtagskandidatInnen aus meinem Wahlkreis, Martin Habersaat, Tobias von Pein – beide bereits Landtagsabgeordnete – sowie Kathrin Wagner-Bockey und Manfred Börner gehen starke KandidatInnen ins Rennen. Ich wünsche auch auf diesem Weg allen den Einzug in den neuen Landtag!

Anregendes Lesen wünscht
Ihre und eure



Dr. Nina Scheer
SPD-Bundestagsabgeordnete
Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd



Inhalt

• Themenauswahl	3
• Reden	9
• Berlinfahrten	10
• Zu Gast im Ausland	10
• Eigene Veranstaltungen	13
• Veranstaltungen der SPD in Schleswig-Holstein	17
• Landesvorstandswahl und Landeswahlkonferenz	20
• Mein Team	20
• Praktikanten	21
• Aktivitäten	23
• Eigene Termine	23
• Bilderschau	24

Themenauswahl

Aus dem Parlament

Grundlage für Atom-Endlagersuche beschlossen

Mit der 2./3. Lesung der Novelle des Standortauswahlgesetzes wurde am 23. März ein Rahmen gesetzt, um ergebnisoffen bis zum Jahr 2031 einen Endlagerstandort zu finden. Es ist während der parlamentarischen Beratung zudem gelungen, unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten und Umwelt- und Bürgerorganisationen eine Fokussierung auf einen Endlagerstandort vorzunehmen sowie Formulierungen zu streichen, die im weiteren Verfahren eine Einschränkung der Ergebnisoffenheit hätten bedeuten können. Das Suchverfahren ist nun mit einem soliden Rahmen für Transparenz und Bürgerbeteiligung ausgestattet. Die Endlagersuche sollte dabei fortwährende Mahnung bleiben, auch europaweit sowie international den Atomausstieg zu erreichen bzw. den Einstieg in die Atomenergienutzung zu unterlassen. Selbst wenn die Reform des Standortauswahlgesetzes ein historischer Schritt ist, wird hieran doch erneut die mit der Endlagersuche und Endlagerschaffung vor uns liegende Herkulesaufgabe und milliardenschwere Bürde deutlich. Mit einer gerade einmal über sechs Jahrzehnte währenden Atomenergienutzung wird unseren Kindern und Kindeskindern für einen faktisch unendlichen Zeitraum – nach dem Gesetz für eine Million Jahre – eine unermessliche Verantwortung hinterlassen.

Auch vor diesem Hintergrund ist es nach wie vor beschämend, dass erst die Atomkatastrophe von Fukushima bei CDU/CSU zu der Einsicht führte, aus der Atomenergie aussteigen zu müssen.

Am 9. März 2017 wurde ich in das **Kuratorium der Stiftung „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung gemäß Paragraf 4 des Entsorgungsfondsgesetzes“** (14 Mitglieder, 14. stellv. Mitglieder) gewählt, das auf Grundlage des Entsorgungsfondsgesetzes im Rahmen der Neuregelung zu Atomenergie-Folgelasten Ende 2016 beschlossen wurde (Drucksache 18/10469, vgl. mein Newsletter 4/2016, S. 9). Das Kuratorium trat am 29. März erstmalig zusammen. Im Umgang mit den Fondsgeldern werde ich mich in diesem Rahmen und auf Grundlage der parlamentarisch beschlossenen Zielvorgaben für nachhaltige Anlagestrategien einsetzen, mithin für solche, die dem Atomausstieg entsprechen und darüber hinaus auch zur Verfolgung unserer Klimaschutzverpflichtungen geeignet sind.

Bedarfsgerechter Wohnraum in der Metropolregion

Die Schaffung von bezahlbarem und zugleich bedarfsgerechtem Wohnraum ist insbesondere in Ballungszentren und somit auch in der Metropolregion Hamburg eine zentrale Aufgabe. Die hiermit verbundenen Anforderungen können nicht allein durch die Kommunen getragen werden, selbst wenn ihnen – richtigerweise – vor Ort die Planung und Gestaltung obliegt. Auch bundesseitig hat die SPD mit Bundesbauministerin Barbara Hendricks diesem ebenenübergreifenden Anforderungsprofil über verschiedene Programme Rechnung getragen:

- Mit einer Wohnungsbauoffensive werden ab 2017 jährlich 1,5 Milliarden Euro Kompensationsmittel des Bundes zur Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus bereitgestellt. Dies ist eine Verdreifachung gegenüber 2015.
- Die Bundesmittel zur Städtebauförderung wurden von 455 auf 700 Millionen (seit 2014) und 790 Millionen Euro (ab 2017) aufgestockt.
- Für „Nationale Projekte des Städtebaus“ erfolgte ab 2017 eine Erhöhung von 50 auf 75 Millionen Euro.
- Das Leitprogramm Soziale Stadt erhielt eine Mittelaufstockung von 40 auf 150 Millionen, ab 2017 auf 190 Millionen Euro.
- Ab 2017 entsteht mit 200 Millionen Euro ein Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“.
- Ebenfalls ab 2017 erfolgt die Umsetzung der Strategie „Soziale Stadt“ mit 10 Millionen Euro.
- Ab 2017 erfolgt für das Bundesprogramm „Altersgerechter Umbau“ eine Mittelaufstockung auf 75 Millionen Euro.
- Das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ erhielt eine Mittelaufstockung von 50 auf 150 Millionen Euro. Die Förderprojekte werden in den Jahren 2016 bis 2018 umgesetzt.

- Die Mittel für das KfW-Programm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ wurde auf 50 Millionen Euro für 2017 erhöht.
- 120 Millionen Euro wurden für Studentisches- und Auszubildenden-Wohnen ab November 2015 bereitgestellt.
- Mit einer Wohngeldreform erfolgte zum 1. Januar 2016 eine Anpassung des Wohngeldes an die Mieten- und Einkommensentwicklung. Von der Reform profitieren rund 870.000 Haushalte.
- Auf Drängen der SPD wurde eine verbilligte Abgabe von Konversionsflächen an Kommunen erreicht, verbunden mit weiteren Erleichterungen zugunsten von Kommunen, etwa die mietzinsfreie Überlassung von Liegenschaften zur Unterbringung von Flüchtlingen und eine rückwirkende Übernahme der Herrichtungskosten. Zudem erhalten Kommunen einen Rabatt von 25.000 Euro je Wohneinheit im Geschosswohnungsbau beim Kauf einer Liegenschaft der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, sofern mit einer Bindung von zehn Jahren die Zweckbindung von sozialem Wohnungsbau eingehalten wird.

Der Bundestag hat am 9. März 2017 einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt beschlossen. Mit dem Gesetz wird das Baugesetzbuch an die geänderte Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung angepasst und eine neue Baugebietskategorie „Urbane Gebiete“ eingeführt. Das Miteinander von Wohnen und Arbeiten in den Innenstädten soll durch die neue Gebietskategorie erleichtert werden. Gleichzeitig werden neue Möglichkeiten für den Wohnungsbau geschaffen. Das „Urbane Gebiet“ folgt dem Leitbild einer Stadt mit kurzen Wegen, Arbeitsplätzen vor Ort und einer guten sozialen Mischung. Durch die Anpassung des Baugesetzbuchs wird das Bauen in stark verdichteten städtischen Gebieten erleichtert. Künftig dürfen 80 Prozent eines innerstädtischen Grundstücks bebaut werden und nicht wie bisher nur 60 Prozent. Damit darf in den neugeschaffenen Gebieten dichter und höher gebaut werden als in den herkömmlichen Mischgebieten. Zusätzlich sind mehr Stockwerke erlaubt. Mit der Neuregelung wird zudem in „Urbanen Gebieten“ ein um 3 dB(A) höherer Lärm als in bestehenden Mischgebieten zulässig. Mir ist ein wichtiges Anliegen, dass darüber unsere gesundheits-, familien- und umweltorientierten Zielvorgaben nicht eingeschränkt werden. Hierauf wird in der Umsetzung gesonderte Aufmerksamkeit zu legen sein.

Die SPD konnte sich im parlamentarischen Verfahren gegenüber dem Koalitionspartner dahingehend durchsetzen, dass die Einbeziehung von Außenbereichsflächen nach § 13b BauGB über eine Befristung auf heute akute Bedarfssituationen begrenzt wird. Die Regelung ist ein politischer Kompromiss, um dem Anliegen des Gesetzentwurfes zur Schaffung von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum durch Einführung einer neuen Baugebietskategorie „Urbanes Gebiet“, zugleich aber Umwelt- und weiteren Lebensqualitätsbelangen gerecht zu werden.

Zugleich werden mit der Gesetzesänderung Rechtsunsicherheiten für Kommunen und Betreiber von Ferienwohnungen im Zusammenhang mit der Genehmigung vor allem in reinen und allgemeinen Wohngebieten beseitigt und die kommunalen

Steuerungsmöglichkeiten ausgeweitet. Auf diese Weise wird verhindert, dass Wohnraum vor Ort „entzogen“ wird. Kommunen können zukünftig gegen kaum genutzte Zweitwohnungen, sogenannte Rollladensiedlungen, besser vorgehen.

„PKW-Maut“ (Infrastrukturabgabengesetz)

Am 24. März 2017 stimmte der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition dem Infrastrukturabgabengesetz zu.

Die hiermit eingeführte sog. PKW-Maut war auf Drängen der CSU in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Die SPD hatte das Vorhaben von Beginn an kritisiert und seine Umsetzung an Bedingungen geknüpft.

Bereits vor zwei Jahren, am 27. März 2015, hatte der Deutsche Bundestag in 2./3. Lesung das Infrastrukturabgabengesetz (PKW-Maut) beschlossen. Damals stimmte ich mit meiner Fraktion mit Ja, selbst wenn ich wie viele Abgeordnete an der Europarechtskonformität des Gesetzes zweifelte. Eben jene stellte sich im Folgenden als nicht gewahrt dar.

Fast 18 Monate später, am 1. Dezember 2016, vereinbarte Minister Alexander Dobrindt mit der EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc umfangreiche Nachbesserungen, um die Europarechtskonformität mit einer Gesetzesänderung herzustellen.

Die Änderungen führen jedoch voraussichtlich dazu, dass die Einnahmen nennenswert sinken (u.a. Verdoppelung von drei auf sechs Vignetten, wobei vier preiswerter als 2015 festgelegt werden sowie zusätzliche Entlastung für schadstoffarme PKW), während die Ausgaben insbesondere durch den zusätzlichen Kontrollaufwand erheblich steigen werden. Nur bei einer positiven Einnahmen-Situation wären die mit dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD als Bedingungen zur Einführung der PKW-Maut vereinbarten Kriterien vollständig erfüllt. Bis zur Verabschiedung des Gesetzes bestanden an einer positiven Einnahmen-Situation erhebliche Zweifel. Der Nachweis über die tatsächliche Einnahmesituation wird noch zu erbringen sein. Insofern tritt hier eine Schwäche des Koalitionsvertrages zutage, einen als unabdingbar vereinbarten Beweis nicht sicher erbringen zu können.

Ich teile zudem die Bedenken des Bundesrates über eine mögliche nachteilige Auswirkung der Einführung der Infrastrukturabgabe auf die Grenzregionen. Ein Verzicht auf die Entrichtung der Infrastrukturabgabe auf bestimmten Autobahnabschnitten hätte als Sonderregelung für die grenznahen Städte und Kommunen zweckdienlich sein können. Ich bedauere, dass dieser Vorschlag in den parlamentarischen Beratungen am Widerstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gescheitert ist.

Selbst wenn mit der nun verabschiedeten PKW-Maut eine Differenzierung zugunsten schadstoffarmer PKW möglich sein wird, halte ich die getroffenen Regelungen insgesamt betrachtet für nicht geeignet, die heute drängenden infrastrukturpolitischen Aufgaben anzugehen. Diese liegen in einer Einbindung auch des Verkehrssektors in den Transformationsprozess der Energiewende – weg von fossilen Treibstoffen und hin zu Erneuerbaren Energien. Eine Maut sollte sich auf diese Zielvorgabe konzentrieren, um zugunsten der Energiewende spürbare Lenkungswirkungen zu entfalten – etwa über entsprechende Schadstoffbepreisung und Entlastung bei Schadstoffneutralität. Die PKW-Maut folgt diesem Ansatz der Zweckrichtung nach leider nicht.

Trotz der benannten Fragen und gegebenen Bedenken habe ich der PKW-Maut aus Gründen der Koalitionstreue zugestimmt.

Cannabis als Medizin

Der Bundestag hat am 19. Januar 2017 einstimmig in 2./3. Lesung das Gesetz zur Änderung betäubungsmittelrechtlicher und anderer Vorschriften beschlossen. Seit März ist es schwerkranken Patientinnen und Patienten möglich, Cannabis auf Kosten der Krankenversicherung zu erhalten. Bisher bedurfte es einer Ausnahmegenehmigung des Bundesamtes für Arzneimittel und Medizinprodukte, um es zur Schmerztherapie anwenden zu dürfen. Die Kosten mussten die Patientinnen und Patienten selbst tragen. Eine vollständige Freigabe von Cannabis war allerdings nicht mehrheitsfähig.

Verschreibungspflichtige Cannabis-Blüten und -Extrakte in kontrollierter Qualität sollen mit der Neuregelung künftig in Apotheken erhältlich sein. Für die Qualitätssicherung und den Vertrieb wird eine staatliche Cannabis-Agentur aufgebaut. Des Weiteren findet eine wissenschaftliche Begleiterhebung statt, um die medizinische Wirkung der Pflanze zu untersuchen. Das Parlament änderte den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drängen der SPD dahingehend ab, sodass Ärzte Cannabis auch verschreiben dürfen, obwohl noch andere Therapieoptionen zu Verfügung stehen. Der ursprüngliche Entwurf sah Cannabis lediglich als letzte Option vor. Auch in der Palliativversorgung soll ein zügiger Zugang zu Cannabis-Präparaten geschaffen werden.

Mehr Lärmschutz auf der Schiene

Der Deutsche Bundestag hat am 30. März einstimmig das Schienenlärmschutzgesetz verabschiedet. Ab 2020 werden damit laute Güterwagenfahrten in Deutschland verboten und Anwohnerinnen und Anwohner besser vor Lärm geschützt. Mit der Neuregelung bleibt für Unternehmen zudem hinreichend Zeit für Beschaffung und Umrüstung, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Durch eine Umrüstung auf Verbundstoff-Bremssohlen kann der Schienenlärm im Güterverkehr bis 2020 halbiert werden. Laute Güterzüge, die auch nach 2020 nicht umgerüstet sind, dürfen nur noch mit deutlich reduzierter Geschwindigkeit fahren, um nicht lauter als umgerüstete Güterzüge zu sein.

Anders als es noch der Entwurf von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt vorsah, wird dies aber nicht für den gesamten Netzfahrplan gestattet, sondern lediglich für Gelegenheitsverkehr. Mit dem ursprünglichen Entwurf wäre durch eine Vielzahl von Langsamfahrtrassen der Netzfahrplan stark beeinträchtigt worden.

Mit dem nun verabschiedeten Schienenlärmschutzgesetz dürfen laute Güterwagen, die noch nicht mit den neuen Flüsterbremsen fahren, das deutsche Schienennetz ab 2020 nicht mehr befahren. Damit wurde ein weiteres Projekt aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt um Verkehrslärm zu reduzieren.

Verpackungsgesetz

Seit den 1990er-Jahren wird in deutschen Haushalten der Verpackungsmüll separat gesammelt und in der gelben Tonne der Dualen Systeme entsorgt. Das Aufkommen an Verpackungen lag 2013 in Deutschland bei über 17 Millionen Tonnen. Das waren gegenüber 2012 gut drei Prozent mehr. Verpackungen aus Kunststoff hatten daran einen Anteil von drei Millionen Tonnen. Um Verpackungsabfälle möglichst zu vermeiden und mehr zu recyceln wurden mit dem am 30. März vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Verpackungsgesetz weitergehende Regelungen getroffen.

Es sieht höhere Recyclingquoten für Verpackungen aus Plastik, Metall, Glas, Papier, Pappe und Karton, die Einführung von Wertstofftonnen zur Erleichterung einer gemeinsamen Sammlung von Abfällen aus Kunststoffen und Metallen sowie eine bessere Kontrollierbarkeit von Vollzug und Wettbewerb vor.

Die SPD konnte sich damit durchsetzen, das Gestaltungsrecht der Kommunen bei der Sammlung durch gelbe Tonnen und Säcke zu stärken. So können sie zukünftig Vorgaben für die Art des Sammelsystems, der Sammelbehälter und des Abfuhr-Rhythmus' machen. Die SPD hat dabei erreicht, dass diese Rechte vollziehbar sind und nicht von den dualen Systemen sofort streitig gestellt werden können. So können die Kommunen die Verpackungsmüllsammlung künftig besser an Bedarfe und Strukturen vor Ort anpassen, etwa durch einen anderen Abholrhythmus. Darüber hinaus haben sich die Koalitionsfraktionen auf die Wiederaufnahme einer ambitionierten Mehrwegquote für Getränkeverpackungen verständigt. Dem Mehrweg dient zudem eine neu eingeführte Regalkennzeichnungspflicht, wodurch die Unterscheidung zwischen Einweg- und Mehrwegpfandflaschen erleichtert werden soll.

Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit

Am 18. März erinnerte die Equal-Pay-Day-Kampagne zum zehnten Mal daran, dass Frauen im übertragenen Sinne bis Mitte März umsonst arbeiten, während Männer schon seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden. Noch immer klafft eine Lohnlücke – eine ungleiche Bezahlung trotz gleicher Arbeit – von bis zu 21 Prozent zwischen Frauen und Männern.

Ein weiterer Schritt zu mehr Lohngerechtigkeit liegt in dem am 30. März im Bundestag verabschiedete Gesetz Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen (Drs. 18/111333, 18/11727) – ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag, das die SPD eingebracht und für das sie trotz der Koalitionsabrede bis zuletzt hart kämpfen musste.

Das Gesetz schreibt das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ fest. Ziel des Gesetzes ist, mit größerer Transparenz bei den Löhnen vorhandene Benachteiligungen von Frauen zu erkennen.

Wenn eine Frau in einem Betrieb mit mehr als 200 Beschäftigten wissen möchte, nach welchen Kriterien sie bezahlt wird, dann muss der Arbeitgeber ihr jetzt darüber Auskunft geben. Neben dem Grundgehalt werden auch zwei Entgeltbestandteile berücksichtigt, zum Beispiel ein Firmenwagen, der auch privat genutzt werden darf. Männer können gleichermaßen in Erfahrung bringen, wie sie im Verhältnis zu ihren Kolleginnen entlohnt

werden. Von diesem so genannten Auskunftsanspruch können bis zu 14 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren. Außerdem macht es das Gesetz Betriebsräten leichter, Auskünfte zur Lohnstruktur einzuholen. Leider werden von dieser Regelung gleichwohl viele Unternehmen – da mit geringeren Beschäftigtenzahlen – nicht erfasst.

Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sind ferner aufgefordert, ihre Lohnstrukturen nach dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ regelmäßig zu überprüfen. Außerdem müssen Unternehmen dieser Größe, die nach dem Handelsgesetzbuch lageberichtspflichtig sind, regelmäßig über den Stand der Gleichstellung und der Entgeltgleichheit berichten. Die Berichte müssen dann öffentlich zugänglich sein.

Das Bundesfrauenministerium wird die Wirksamkeit des Lohnngerechtigkeitsgesetzes überprüfen. Dabei werden auch die Betriebe mit weniger als 200 Beschäftigten in den Blick genommen. Darüber hinaus soll bei der Berufswahl so beraten werden, dass sie ohne Rollenstereotype erfolgt. So sollen beispielsweise mehr Frauen für technische Berufe und mehr Männer für den sozialen Bereich gewonnen werden.

Die SPD-Fraktion strebt darüber hinaus an, dass alle Beschäftigten unabhängig von der Unternehmensgröße das individuelle Auskunftsrecht erhalten. Das Prüfverfahren zur Lohnngerechtigkeit sollte zudem verbindlich geregelt werden und nur mit zertifizierten Verfahren. Zur besseren Durchsetzbarkeit von Lohngleichheit bedarf ferner eines Verbandsklagerechts.

Reden



- Am 16.2.2017: Klimaschutz in der Wärmeversorgung & EEWärmeG
<http://www.nina-scheer.de/zur-sache/reden/598-rede-klimaschutz-in-der-waermeverorgung-eewaermeg.html>
- Am 23.3.2017: EURATOM
<http://www.nina-scheer.de/zur-sache/reden/612-rede-euratom-vertrag.html>
- Am 30.3.2017 (zu Protokoll) Subsidiaritätsrüge zum Energiepaket der EU-Kommission
<http://www.nina-scheer.de/zur-sache/reden/614-rede-zur-protokoll-subsidiaritaetsruege-zum-energiepaket-der-eu-kommission.html>

Berlinfahrten

Berlinbesuch im Zeichen von Teilhabe

Dreimal jährlich lade ich zu Berlinfahrten, organisiert vom Bundespresseamt, in die Bundeshauptstadt ein. Die Dreitagesfahrten sind bei mir bestimmten Themen gewidmet. Vom 6. bis zum 8. März stand die Fahrt im Zeichen der Teilhabe und Inklusion.



46 politisch Interessierte waren meiner Einladung gefolgt. Erstmals richtete sich die Fahrt ausschließlich an Menschen mit Behinderung zusammen mit ihren Betreuungskräften. Alle Besucherinnen und Besucher sind in den Stormarner Werkstätten Ahrensburg oder im Lebenshilfswerk Mölln-Hagenow tätig. Der gemeinsame Austausch konzentrierte sich auf Fragen gesellschaftlicher Teilhabe, aber auch bezahlbarer Wohnraum und das Wirken im Deutschen Bundestag wurden diskutiert. Das unmittelbare Gespräch ist mir dabei ein wichtiges Anliegen.

An drei Tagen erlebte die Gruppe aus dem Bundestagswahlkreis Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd das politische und kulturelle Berlin. Auf dem Programm standen unter anderem ein Besuch des Reichstagsgebäudes und eine Führung durch das Dokumentationszentrum über das Dritte Reich „Topographie des Terrors“.

Zu Gast im Ausland

... in Abu Dhabi, IRENA Legislators Forum

Als Vertreterin der SPD-Bundestagsfraktion setzte ich in Abu Dhabi den Austausch mit



meinen Kolleginnen und Kollegen anderer Parlamente zur weltweiten Umsetzung der Energiewende anlässlich des nunmehr zweiten Parlamentarier-Forums der IRENA (International Renewable Energy Agency) am 13. Januar fort. 44 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 24 Ländern waren der Einladung gefolgt.

Dabei warb ich für dezentrale Energiegewinnungspolitik. Bemerkenswert war die Zusammensetzung des Forums, wonach die Energiewende offenkundig zunehmend in Schwellen- und Entwicklungsländern in den Mittelpunkt ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung rückt und entsprechendes Know-how auch auf parlamentarischer Ebene spiegelt.

... in Paris, zum Klimaabkommen

Das vor gut einem Jahr in Paris beschlossene Klimaschutzabkommen verlangt nach Umsetzung. Unter diesem Motto folgte ich der gemeinsamen Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung und ihres französischen Pendant, der Fondation Jean Jaurès am 7. Februar 2017 nach Paris zur Konferenz „Ein Jahr nach dem Klimaabkommen von Paris: Ideen zur kohärenten Umsetzung der Verpflichtungen in Europa“.



In meinem Eröffnungsvortrag zur Konferenz überbrachte ich den wiederholten Dank von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks gegenüber dem Gastgeberland Frankreich zur Ausrichtung der Klimaschutzverhandlungen. Im Weiteren thematisierte ich Schlussfolgerungen aus dem Klimaschutzabkommen von Paris mit Blick auf Szenarien des Weltklimarates, darunter Modelle zur Reduktion von CO₂ in Form von CCS (Carbon Capture Storage; der unterirdischen Einlagerung von zuvor abgeschiedenem CO₂, insbesondere aus Kohlekraftwerken) zählen. Ich appellierte, solchen Szenarien von der Folge her zu betrachten, wonach die Einbeziehung von CCS zur Verzögerung der Umstellung auf Erneuerbare Energien, vermeidbaren, milliarden schweren Kosten sowie weiteren Endlagerrisiken mit massivem unterirdischen Flächenverbrauch führe. Zudem müsse der Blick von reiner Klimaschädlichkeit um eine Schadstoffbetrachtung erweitert werden, damit aus Klimaschutzprogrammen keine Atomenergieförderung werde.

Ich betonte, dass die Industrienationen dabei gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern bereits wegen ihrer traditionellen industriepolitischen Vorreiterrollen

eine herausragende Verantwortung tragen. Zudem sei die Energiewende auch für Europa eine herausragende Chance.

Am Nachmittag erläuterte ich im Panel zu „'Burden Sharing' zwischen Mitgliedsländern und die Kohärenz der jeweiligen Länderstrategie“ sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten der Energiewirtschaft im französisch-deutschen Vergleich. Selbst wenn der EU-Binnenmarkt auf eine Vereinheitlichung dränge, sei der Energiemix nach EU-Vertragsrecht Angelegenheit der Mitgliedstaaten. Die Entwicklung zeige, dass diese beiden Bereiche in der Praxis schwer zu trennen seien und immer wieder Kompetenzfragen aufwürfen. Ein gemeinsamer Markt setze gemeinsame Anforderungsprofile in Fragen flexibel steuerbarer oder fluktuierender Leistungen voraus. Bei einem Anteil von 77 Prozent Atomstrom in Frankreich im Verhältnis zum Atomausstieg in Deutschland seien gemeinsame Anforderungsprofile eingeschränkt. Andererseits könne auch eine Gemeinsamkeit mit Frankreich entstehen. So könnten und sollten Frankreich und Deutschland gemeinsam auf die Entwicklung, Produktion und Nutzung sektorübergreifender Technologien, insbesondere dezentrale Speicheroptionen setzen, für den Verkehrssektor etwa in Form von Wasserstoffnutzung. Auf diesem Weg entstünden tausende neuer Arbeitsplätze und es gelänge der Ausstieg aus der fossil-atomaren Energiewirtschaft unter Vermeidung von Strukturbrüchen.

Einigkeit bestand darin, dass vom Emissionshandel keine hinreichende Lenkungswirkung ausgeht. Ich appellierte, gemeinsam für Schadstoffbepreisung einzutreten, wodurch ein fairer Wettbewerb zugunsten heute benachteiligter Erneuerbarer Energien entstünde.

Das Schlusswort hielt Ségolène Royal, Ministerin für Umwelt, Energie und Meer. Sie ging dabei auf Fortschritte bei gemeinsamen Projekten und Vorhaben Frankreichs und Deutschlands ein, u.a. auf den länderübergreifenden Austausch zur Stilllegung des Atomkraftwerks Fessenheim. Das auf französischer Seite am Rhein an der Grenze zu Baden-Württemberg stehende AKW stufte ein Gutachten als „sicherheitstechnisch unzureichende Anlage“ ein.

Anfang April 2017 erließ Frankreich nun ein Dekret, wonach das AKW Fessenheim 2018 abgeschaltet werden soll. Da darin aber zugleich die Bedingung der Inbetriebnahme eines neuen Reaktors in Flamanville vorgesehen ist, der voraussichtlich nicht vor 2019 ans Netz gehen wird (seit 2012 gibt es hier Verzögerungen in der Fertigstellung), wird mit einer Abschaltung laut Dekret in 2018 nicht zu rechnen sein. Die Situation zeigt, dass es in der Atompolitik dringend einer länderübergreifenden weitergehenden Verständigung über den Umgang mit Atomrisiken geben muss. Es kann nicht sein, dass Gefahren, die sich länderübergreifend realisieren können, ohne Einwende-Möglichkeiten der dann mit-betroffenen Nachbarstaaten behandelt werden.

... in Brüssel

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) nahm ich mit weiteren Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion sowie verschiedenen Energie-Expertinnen und -Experten am EU-Dialogprogramm der FES zu aktuellen Fragen der europäischen Energiepolitik am 15. März 2017 in Brüssel teil. Der Austausch umfasste Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission, dem Kabinett des EU-Energiekommissars Maroš

Šefčovič und verschiedenen Think Tank-Vertreterinnen und -Vertretern. Das Dialogprogramm verfolgt das Ziel, in Gesprächen den Austausch zu Fragen der Energiepolitik auf europäischer Ebene zu fördern. Im Fokus standen sowohl klimaschutzpolitische Instrumente zur CO₂- als auch Schadstoffsenkung sowie Fragen der Subsidiarität. Ich wies unter Bezugnahme auf das von Seiten der EU-Kommission vor wenigen Monaten vorgelegte EU-Winterpaket (Clean Energy for all Europeans) auf drohende Zuständigkeitskonflikte hin, wie sie über den EU-Binnenmarkt einerseits und die mitgliedstaatliche Zuständigkeit zum Energiemix andererseits bestehen.

Ich erklärte, eine dahingehende Subsidiaritätsrüge als zuständige Berichterstatterin meiner Fraktion zu unterstützen. *Zwischenzeitlich, am 30. März, beschloss der Deutsche Bundestag in Gestalt einer Aufforderung an die Bundesregierung, gegenüber der EU-Kommission eine Subsidiaritätsrüge zu erteilen,*

vgl. auch

*Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie
Drucksache 18/11777 (neu):*

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/117/1811777.pdf>

Rede zu Protokoll:

<http://www.nina-scheer.de/zur-sache/reden/614-rede-zur-protokoll-subsidiaritaetsruege-zum-energiepaket-der-eu-kommission.html>

Eigene Veranstaltungen

Kreisübergreifende Ortsvereins-Runde

In regelmäßigen Abständen treffe ich mich mit Mitgliedern aus den Ortsvereinen, um aktuelle Themen zu diskutieren, aus Berlin zu berichten und Organisatorisches zu besprechen, zuletzt am 23. Februar im Walkreisbüro Geesthacht.



Fraktion vor Ort: Wie gelingt Integration?

Diskussionsabend mit Aydan Özoğuz

Gemeinsam mit meiner Fraktionskollegin Aydan Özoğuz, der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, diskutierte ich in der Aula der Grundschule Wentorf mit 70 mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die politischen Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Anforderungen für die Integration von Flüchtlingen.



Einführend verwies ich auf den jüngst erschienenen Forschungsbericht „Abschätzung von Effekten der Integration von Flüchtlingen“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, wonach im Zusammenhang mit der Integration von Flüchtlingen in einer Kalkulation bis 2030 positive Auswirkungen auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes erkannt werden. Ich betonte die Bedeutung der Integrationshilfe für Frauen vor dem Hintergrund verschiedener kultureller Hintergründe über das Rollenverständnis von Mann und Frau. Insgesamt kommt es für Integration aber auch auf die Grundhaltung einer Gesellschaft an. In diesem Zusammenhang lobte ich die Haltung der schleswig-holsteinischen Landesregierung hinsichtlich des Abschiebestopps nach Afghanistan.

Aydan Özoğuz verwies auf rückläufige Flüchtlingszahlen und nannte aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Ein besonderes Augenmerk sei bei Fragen der Integration auf die Rolle der Medien zu legen. Anhand von Beispielen aus den letzten Jahrzehnten kritisierte sie bildlich wie auch textlich aufbereitete Bedrohungen, etwa mit den Titelbild-Überschriften „Ansturm der Armen“ aus den Jahren 1991 und 2006. Positive Titel gebe es hingegen im Zusammenhang mit zu uns kommenden Menschen kaum. Özoğuz ging auch auf die Neuorganisation in den Verfahrensabläufen sowie die verstärkte Entlastung der Länder und Kommunen ein. Besonders wichtig sei die frühe Integration von Asylbewerbern mit Bleibeperspektive: Spracherwerb, der Zugang zum Arbeitsmarkt nach drei Monaten, die erleichterte Aufnahme einer Ausbildung und die unbürokratische Gesundheitskarte hob Aydan Özoğuz dabei hervor. Mit dem Integrationsgesetz aus dem letzten Jahr sei richtigerweise und auf Drängen der SPD eine Öffnung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes für Asylbewerber beschlossen worden. Mit der sog. 3+2-Regelung gibt es nun die Möglichkeit einer Duldung während der dreijährigen Ausbildung sowie einer zweijährigen anschließenden Tätigkeit. Damit könne sich der Asylsuchende ein Bleiberecht erarbeiten. Ebenfalls erörtert wurde u.a. die Wohnsitzauflage.

Förder-Schwerpunkte in den Jahren 2016 und 2017 lagen in der Vernetzung von Ehrenamtlichen sowie bei geflüchteten Frauen und Mädchen. Aber auch Projekte des Sports seien dabei; hier seien Sprachbarrieren leichter zu überwinden; so hätten sich schon über 1.300 Vereine beworben. Abschließend lobten wir das hohe Engagement der Bürgerinnen und Bürger, das auch für den Zusammenhalt der Gesellschaft von unschätzbarem Wert sei.

Fraktion vor Ort: Gute Arbeit und sichere Rente

Diskussionsabend mit Andrea Nahles und Uwe Polkaehn

Im Rahmen der Veranstaltung „Gute Arbeit und sichere Rente – heute und morgen“, hatte ich Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales (SPD) und den Vorsitzenden des DGB Nord Uwe Polkaehn zu Gast. Nahezu 100 Gäste folgten am 6. April der Einladung in die Buntenskampschule in Geesthacht, unter ihnen auch Bürgervorsteher Samuel Bauer und die SPD-Fraktionsvorsitzende der geesthachter



Ratsversammlung sowie SPD-Landtagskandidatin Kathrin Wagner-Bockey. Gegenstand der Diskussion waren sowohl eine sich verändernde Arbeitswelt, sowie Aufgaben zur Ausgestaltung eines sicheren Rentensystems.

In meiner Begrüßung bekräftigte ich unsere sozialdemokratischen Grundsätze der Solidarität und Gerechtigkeit, die sich etwa in Gestalt des gesetzlichen Mindestlohns als Grundvoraussetzung fairer Lohnentwicklung wiederfinden als auch über den Leitfaden des Solidarsystems für die Fortentwicklung des Rentensystems maßgeblich seien.

In Bezug auf die bevorstehenden Herausforderungen im Zuge der Digitalisierung – Industrie und Arbeiten 4.0 – benannte Andrea Nahles in ihrem Vortrag bedarfsgerechte Weiterbildungsmaßnahmen als zentrale Aufgabe. Gerade weniger gut Ausgebildete hätten einen erschwerten Zugang zu Qualifizierung, worauf Politik und Gesellschaft reagieren müssten. Schleswig-Holstein und die schleswig-holsteinische Landesregierung lobte sie angesichts der hier vorhandenen vorbildlichen Weiterbildungsinfrastruktur.

Noch keine Lösung sei für das sich derzeit ausbreitende Modell international agierender Online-Anbieter gefunden. Unternehmen entzögen sich systematisch sowohl dem Steuer- als auch Abgabensystem, indem sie unterstellten, kein Arbeitgeber, sondern eine Plattform zu sein. Mit Vehemenz erklärte Nahles gegen ein solches unsolidarisches Auftreten, am besten länderübergreifend, vorgehen zu wollen.

Uwe Polkaehn, Vorsitzender DGB-Nord, kündigte an, die Rentendiskussion als zentrales Thema auch in den nächsten Monaten vor der Bundestagswahl zu sehen. Einigkeit bestand auf dem Podium hinsichtlich einer Stärkung des gesetzlichen Rentenversicherungssystems. Dieses habe sich historisch, insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten durch Sicherheit und Stabilität ausgezeichnet und bewährt.

Eine erhebliche Bedeutung maß Nahles der Stabilisierung des Rentenniveaus bei. Ferner ginge es um die Einbeziehung von Selbstständigen, die besonders von Altersarmut bedroht sind sowie langfristig auch von Beamten. Zudem kämpfe sie gegenüber dem Koalitionspartner für eine Solidarrente, die einen entbürokratisierenden Beitrag leiste und den Menschen Würde zurückgebe, indem ihnen erspart bliebe, ihre Verhältnisse offen zu legen. Eine weitere deutliche Kritik Richtung CDU/CSU betraf das Rückkehrrecht in Vollzeit, das insbesondere für eine auskömmliche Rente von zentraler Bedeutung sei; die Union versuche dies durch Ausnahmen zu konterkarieren. Die SPD sei in der Regierung die treibende Kraft und habe viele wichtige Reformen durchgerungen. Für weiterführende Reformen wie z.B. Equal Pay in der Leiharbeit ab dem ersten Tag und eine tiefergreifende Rentenumgestaltung seien aber andere Mehrheiten erforderlich.

In der abschließenden Diskussion wurden u.a. Ausprägungen als solcher geahндeter Scheinselbständigkeit diskutiert sowie Kontrollmechanismen beim gesetzlichen Mindestlohn. Andrea Nahles ließ trotz engem Zeitplan keine Frage unbeantwortet und bot auch die Weiterverfolgung jenseits des Abends an. Mit einem Appell, bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl wählen zu gehen und sich dabei für die Demokratie einzusetzen, zog sie den Bogen vom Diskurs zur direkten Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger und hob dabei das hohe Gut demokratischer Mitwirkungs- und Entscheidungsprozesse hervor.

Politisches Frühstück:

gleich-be-Recht ♀ ♂ = ♀ ♀ = ♂ ♂ = ♂ ♀ (...)

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der SPD-Queer Stormarn Dr. Karl-Heinz Weber und dem SPD-Landtagsabgeordneten Tobias von Pein lud ich am Samstag, den 11. März 2017, zu einer Veranstaltung meiner Reihe „Politisches Frühstück“ ein.

Zum Thema Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen (LSBTI) diskutierten wir in lockerer Atmosphäre gemeinsam mit den anwesenden Gästen im Ahrensburger „Uns Huus“ der AWO.



Im Juni 2014 beschloss der Deutsche Bundestag die vollständige steuerliche Gleichstellung für eingetragene Lebenspartnerschaften. Im gleichen Jahr verabschiedete er zudem die Sukzessivadoption für eingetragene Lebenspartnerschaften. Damit darf die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner, ein Kind adoptieren, welches der andere Partner bereits adoptiert hat. Der SPD geht es darum, eine vollständige Gleichstellung zu erreichen. Unser Ziel ist die Ehe für alle, verbunden mit dem vollständigen Adoptionsrecht. Einigkeit bestand ferner darin, Diskriminierungen bei der Blutspende zu überwinden. Statt des heutigen Blutspendeverbots für Schwule müssen Kriterien gefunden werden, wonach ein individuelles Gefährdungs-Verhalten abgefragt wird. Mit dem Blutspendeverbot geht hingegen eine Stigmatisierung einher. Ein weiteres längst überfälliges Vorhaben ist die Rehabilitierung der Verurteilten nach § 175 des Strafgesetzbuches, der schwule Handlungen bis 1994 unter Strafe stellte. Noch heute gelten die damals Verurteilten als vorbestraft. Die Bundesregierung erkennt den Handlungsbedarf und stimmte am 22.03.2017 dem Gesetzesentwurf von SPD-Bundesjustizminister Heiko Maas zur Rehabilitierung und Entschädigung der nach § 175 Verurteilten zu. Keine Einigung fand hingegen die Ehe für alle. Trotz entsprechender Koalitionsvereinbarung wird das Eherecht für gleichgeschlechtliche Paare nach wie vor von CDU/CSU verweigert.

Veranstaltungen der SPD in Schleswig-Holstein

... 150 Jahre Energie in Stormarn

Unter diesem Motto referierte ich am 1. März 2017 auf Einladung der SPD Oststeinbek und des Landtagsabgeordneten Martin Habersaat in der BeGe Oststeinbek über „150 Jahre Energie in Stormarn: Vom Stromanschluss zur Energiewende“ und die Geschichte der Energieversorgung in Stormarn. Immer wieder geriet die Runde vom Blick in die Vergangenheit zur Diskussion über die Zukunft: Wie weit könnte die Batterietechnik heute sein, wenn die ersten Autos mit Batterien sich gegenüber Verbrennungsmotoren durchgesetzt hätten?



Wie sieht die Zukunft der Windkraft aus? Wann werden neben dem Strom auch die Sektoren Wärme und Energie aus erneuerbaren Energien gespeist?

Ein Blick in die Historie der Energiewirtschaft zeigte auch Parallelen zur heutigen Diskussion. Die Energiegewinnung vor Ort half und hilft bei der Vermeidung von Monopolen.

... in Wentorf auf Einladung der ASF

Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) aus dem Herzogtum Lauenburg und Lübeck besuchte ich gemeinsam mit meiner Lübecker Bundestagskollegin und Lübecker ASF-Vorsitzenden Gabriele Hiller-Ohm das Frauenfrühstück der Arbeitsgemeinschaft.



Am 4. Februar diskutierten wir mit der ASF-Vorsitzenden im Herzogtum, Heide Harris, und weiteren Gästen in Wentorf bei Hamburg über gleichstellungsfördernde Gesetzesinitiativen wie die Entgeltgleichheit oder das Recht auf Vollzeit nach einer elternbedingten Tätigkeit in Teilzeit.

Energiewende vor Ort – Herausforderungen und Chancen

Als Landesvorstandsmitglied initiierte ich für den SPD-Landesverband die Veranstaltungsreihe „Energiewende vor Ort – Herausforderungen und Chancen“. In Koordination mit dem energiepolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Thomas Hölck und unter Einbeziehung der örtlichen Landtagsabgeordneten und LandtagskandidatInnen diskutierten wir über Schleswig-Holstein verteilt in Schleswig (27.02.), Kiel (14.03.), Ahrensböök (16.03.) und Itzehoe (04.04.) mit Referenten und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über Rahmenbedingungen und Ideen zur Weiterentwicklung der Energiewende.



Einladung: <http://www.nina-scheer.de/images/2014/SPD%20SH%20Veranstaltungsreihe%20Energiewende.pdf>

Dabei lag der Schwerpunkt auf der Umsetzung vor Ort. Es wurden unter anderem Verwendungsmöglichkeiten von regenerativem Strom für den Verkehrs- als auch Wärmesektor diskutiert, um in Schleswig-Holstein – unter Einbeziehung der Kommunen und lokalen Akteure – mit den bislang gegebenen Vorzügen dezentraler Strukturen auch in Speichertechnologien und deren Anwendung eine Vorreiterrolle einnehmen zu können. Gleichlautender Tenor war in allen Veranstaltungen, dass der Umstieg auf Erneuerbare Energien auch eine Ablösung fossiler Energien bedeuten müsse. Mit der Einpreisung von CO₂ bzw. von Schadstoff könne die entscheidende Lenkungswirkung ausgehen, Energie langfristig bezahlbar zu halten und heutige Förderungen zu überwinden. Man brauche insbesondere mit Blick auf eine Verkehrs- und Wärmewende mehr Erneuerbare Energien, weshalb die bundespolitischen Ausbaugrenzen nicht zielführend seien. Unter den Podiumsgästen waren neben den Landtagsabgeordneten Thomas Hölck, Birte Pauls, Birgit Herdejürgen, Sandra Redmann und Kirsten Eickhoff-Weber sowie den MdBs Bettina Hagedorn, Karin Thissen und mir, Landes-Wirtschaftsminister Reinhard Meyer, Dr. Martin Grundmann, Geschäftsführer ARGE netz GmbH & Co. KG, Ove Petersen, GF GP Joule GmbH, Wolfgang Schulze, SPD-Ratsfraktion Kiel, Dr. Ulf Kämpfer Oberbürgermeister Kiel, Dr. Thorsten Müller, Stiftung Umweltenergierecht, Gerold Neumann, Energieberater und Claus Möller, Finanz- und Energieminister S-H a.D.



Landesvorstandswahl und Landeswahlkonferenz

Am 27. Januar wählte mich der SPD-Landesparteitag in Lübeck erneut in den SPD-Landesvorstand. Auf der Landeswahlkonferenz zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2017 am 29. Januar wurde ich auf Listenplatz drei gewählt, dem zweiten Frauenplatz der Landesliste, die von Bettina Hagedorn angeführt wird. Ich bedanke mich für den starken Rückenwind aus dem SPD Landesverband.

Mein Team

Seit Jahresbeginn arbeitet Lukas Zeidler, Student der Sozialökonomie an der Universität Hamburg, als Studentischer Mitarbeiter gemeinsam mit Antje Wolf im Wahlkreisbüro Ahrensburg. Im Berliner Büro verstärkt Rangel Vasev mein Team als Wissenschaftlicher Mitarbeiter. Er hat Geschichts- und Politikwissenschaft studiert. Ich freue mich über und auf die vor uns liegende Zusammenarbeit.

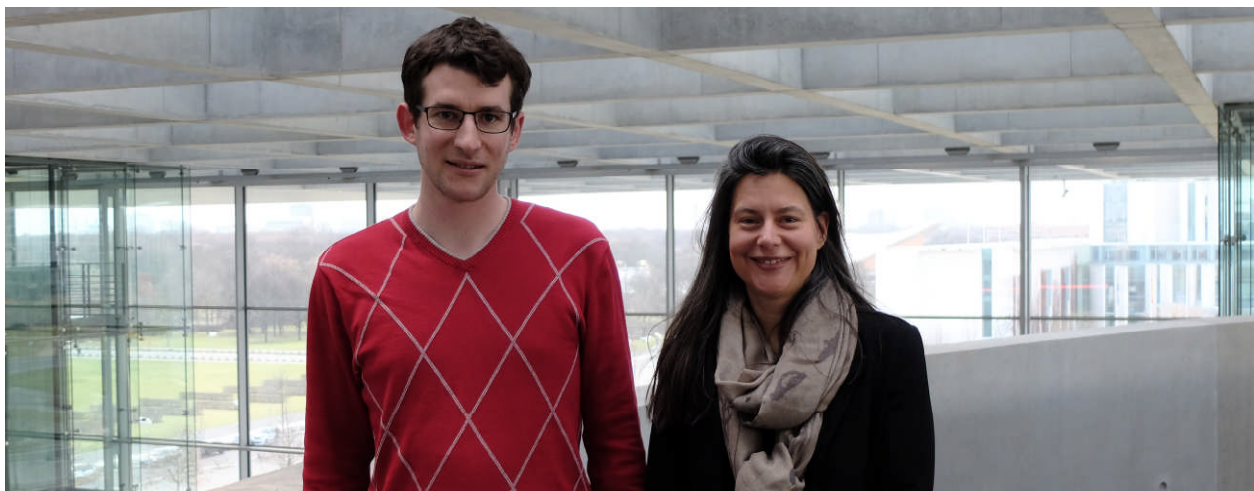


Praktikanten

Regelmäßig lernen Praktikantinnen und Praktikanten in meinem Berliner Büro die Arbeit des Parlaments aus der Nähe kennen.

In der Woche vom 23. - 27. Januar hospitierte **Lucas Kelm** aus Breitenfelde in meinem Berliner Büro. Auszug aus seinem Praktikumsbericht: „Es hat sich für mich wirklich gelohnt nach der Möglichkeit eines solchen Praktikums zu fragen, selbst wenn es jetzt nur für eine Woche war, doch die Einblicke, die Geschehnisse und „denen da oben“ mal direkt in die Augen und über die Schulter schauen zu können; das ist auf jeden Fall viel wert und ich kann nur weiterempfehlen dasselbe zu tun.“

Vom 16. Januar bis zum 10. März hospitierte der Stuttgarter Student **Urs Abelein** in Berlin. Im Folgenden schildert Urs seine Erlebnisse im Rahmen des Praktikums:



„Nachdem ich die Kommunalpolitik mittlerweile besser kennen lernen durfte, wollte ich mal sehen wie es in der ‚großen‘ Berliner Politik so abläuft. Während meines achtwöchigen Praktikums bei Nina Scheer im Berliner Büro habe ich einen guten Einblick in tägliche politische Arbeit eines Abgeordneten, aber auch die der Mitarbeiter bekommen. Durch mein Studium der Erneuerbaren-Energien habe ich mich bei Nina Scheer genau richtig gefühlt. So konnte ich sie auf einige energiepolitische Veranstaltungen begleiten und mich auch an den Vorbereitungen und Recherchen rund um das ‚Gebäude Energie Gesetz‘ (GEG) und dem ‚EU Winterpaket für Saubere Energie‘ beteiligen.

Sehr gut gefallen haben mir auch die Veranstaltungen des SPD-Praktikantenprogramms. Durch die Veranstaltungen zu den vielfältigen Themengebieten, wie zum Beispiel der Bundeswehr sowie der Außen- und Innenpolitik, beschäftigte ich mich auch mit Themen, auf denen sonst nicht mein Hauptinteresse liegt.

Ein Highlight während meiner Zeit hier in Berlin war der Verzicht von Sigmar Gabriel auf die Kanzlerkandidatur und die Nominierung von Martin Schulz. Dies veränderte merklich die Stimmung auf Seiten der SPD und war von da an oft Thema bei Gesprächen mit anderen Mitarbeitern und Praktikanten. Schon jetzt freue ich mich auf den anstehenden Wahlkampf für die SPD und Martin Schulz.“

Seit dem 27. März begleitet mich der aus Reinbek kommende **Melih Esmer** als Praktikant in der Hauptstadt und im Wahlkreis. Der Jura-Student in Wiesbaden berichtet aus seinem Praktikumsalltag:



„Die Beschäftigung mit der Anwendung von Gesetzen, aber auch mit ihrer Entstehung innerhalb der grundgesetzlichen Staatsorganisation, im Rahmen meines Studiums motivierte mich, die parlamentarische Arbeit aus nächster Nähe kennen zu lernen.

Der Bundestag ist als zentrales Organ unserer Demokratie der beste Ort, die Funktionsweisen derselben zu verstehen sowie in der praktischen Ausübung mitzuerleben. Daher war es mir ein besonderes Anliegen und schließlich auch eine große Freude, ein Praktikum im Bundestagsbüro von Nina Scheer zu absolvieren. Da sie sich vorwiegend mit Wirtschafts- und Energiepolitik beschäftigt, hatte ich viele Gelegenheiten, Einblicke in zukunftsweisende, in jeder Hinsicht sehr relevante Themenbereiche zu erlangen, etwa indem ich sie zu Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft und Energie oder einem Austausch mit Vertretern der Europäischen Kommission begleiten durfte. Als Jurastudent hat mich vor allem der Gesetzgebungsprozess interessiert, der immerzu einen Kompromiss im Spannungsfeld politischer Meinungen darstellt. In diesem Kontext finde ich ferner den tatsächlichen Einfluss europäischer Regelungen im Bereich Wirtschaft und Energie auf die nationale Gesetzgebung bemerkenswert. In der Ausschussarbeit und Gesprächen mit der Kommission wurde deutlich, dass europäische Regelungen nicht selten mit nationalen Gesetzgebungsverfahren im Konflikt stehen. Um Unstimmigkeiten und Ärgernisse zu vermeiden, ist ein ständiger Austausch zwischen den Institutionen unabdingbar.

Den zweiten Teil meines Praktikums verbrachte ich im Wahlkreis Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd. Hier konnte ich den essenziellen Austausch zwischen der Bevölkerung und ihren Vertretern mitverfolgen und bei der Organisation verschiedenster Veranstaltungen mithelfen. Dabei hatte ich die tolle Möglichkeit, Nina Scheer auf ihren zahlreichen Begegnungen zu begleiten und die besondere Atmosphäre einzufangen. Höhepunkte dieser Periode sind sicherlich die Bürgersprechstunde, Schulbesuche im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „Querlesen“ sowie die Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung mit Bundesministerin Andrea Nahles.

Persönlich beeindruckt mich vor allem Nina Scheers Engagement mit verschiedenen Menschen in dem flächenmäßig doch sehr großen Wahlkreis in Kontakt zu treten und ihre Anliegen anzuhören.

Für die schönen Erfahrungen möchte ich Nina Scheer und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für mich immer ansprechbar waren und mir eine sehr angenehme Zeit ermöglicht haben, bedanken.“

Aktivitäten

Einblick in die verschiedenen Aktivitäten sowohl im Wahlkreis als auch andernorts bieten die Berichte auf meiner Homepage. Dort sind zudem Positionen und Reden abrufbar:

<http://www.nina-scheer.de>

Termine (Auswahl & unter Vorbehalt)

Montag, 22. Mai 2017, 12.30 - 14.30 Uhr

Nina Scheer lädt ein: Bürgersprechstunde

Wahlkreisbüro Geesthacht, Markt 17, 21502 Geesthacht

Dienstag, 04. Juli 2017

Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Gesine Schwan und Dr. Nina Scheer

Ort folgt

Mittwoch, 12. Juli 2017, 16.30 - 18.30 Uhr

Nina Scheer lädt ein: Bürgersprechstunde

Wahlkreisbüro Ahrensburg, Manhagener Allee 17, 22926 Ahrensburg

Mittwoch, 06. September 2017, 18.00 Uhr

Diskussionsveranstaltung mit Brigitte Zypries und Dr. Nina Scheer

Ort folgt

Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de • www.nina-scheer.de

Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg

Tel.: 04102 6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht



Foto: Mai-Inken Knackfuß



Foto: Mathieu Delmestre



Foto: Bundesreg. Arge GF-BT GbR



Foto: Jürgen Cassau



Foto: Gerd Prüfer



Foto: Stephan Streubel



Foto: Bernd Marzi



Foto: Uwe Klockmann



Foto: IRENA



Foto: Andreas Amann-Catrin Wolf



Foto: Sven Schäfer